

Wollen Sie mehr wissen?

Ansprechpartner

Dr. Michael Schäfers (V.i.S.d.P.)
michael.schaefers@kab.de

Wilfried Wienen
wilfried.wienen@kab.de

Andris Gulbins
andris.gulbins@kab.bistum-aachen.de

Kontakt

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V.

Bernhard-Letterhaus-Str. 26
D-50670 Köln

phone +49 (0) 221-77220
fax +49 (0) 221-7722116

www.kab.de

Positionen der KAB zu TTIP

Der Bundesausschuss der KAB Deutschlands hat sich am 5./6. April 2014 in Ludwigshafen grundsätzlich gegen das Freihandelsabkommen TTIP ausgesprochen. Im Beschluss heißt es u.a.: „Was wir brauchen ist eine gerechte und solidarische Wirtschaftsordnung, die die Bedürfnisse der Armen und Ausgeschlossenen, die Rechte der arbeitenden Menschen und die Bewahrung der göttlichen Schöpfung in den Mittelpunkt stellt! Das Transatlantische Freihandelsabkommen steht dem unvereinbar entgegen! ... Aus der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise sind die notwendigen Konsequenzen nicht gezogen worden. Anders lässt sich nicht erklären, dass durch ein Transatlantisches Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA eine durchgreifende Liberalisierung angestrebt wird, die der Ideologie der ‚freien Märkte‘ und der widerlegten Logik ‚Wohlfahrtsgewinne für alle durch Liberalisierung‘ folgt. Die Deregulierung der Finanzmärkte war eine der Hauptursachen dieser Krise, in der weiterhin die Gewinne privatisiert und die Kosten und Risiken sozialisiert werden. Das Freihandelsabkommen setzt diese Fehlentwicklung fort, ist ‚Teil einer Wirtschaft, die tötet‘*.“

*Vgl. Papst Franziskus, Evangelii gaudium, Ziff. 53.



Nachhaltig
leben & arbeiten
Gut wirtschaften!



Unsere
Meinung!



www.kab.de



Was ist das Freihandelsabkommen TTIP?

Seit einiger Zeit verhandeln Vertreter der EU-Kommission im Auftrag der Staats- und Regierungschefs mit der US-Regierung über ein Freihandelsabkommen, genauer gesagt über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft. TTIP steht als Kürzel für „Transatlantic Trade and Investment Partnership“. Als Vorbild gilt z.B. das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada.

Mit TTIP soll der Handel zwischen den USA und Europa erleichtert und Handelshemmnisse abgebaut werden. Tarifäre Handelshemmnisse sind etwa Zölle, die bei der Einfuhr von Waren in ein Land erhoben werden. Als nicht-tarifäre Handelshemmnisse können Vertragspartner Verbraucherschutz, Umweltschutz, Datenschutz, Arbeitnehmerrechte etc. definieren. Der nahezu schrankenlose Handel soll laut Befürwortern die Produktivität steigern und die Importkosten senken. Ihr Versprechen: mehr Wachstum, mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks. Untersuchungen, die bislang durchgeführt wurden, zeigen jedoch, dass die Verheißungen höchst ungewiss und die positiven Effekte für Wachstum und Arbeitsplätze eher gering sein werden.

Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt. Bestimmenden Einfluss auf die Verhandlungen haben insbesondere Konzernvertreter. Außen vor sind bisher Parlamentarier, Medien, Gewerkschaften und Umweltschutzorganisationen. Die Parlamente können am Schluss nur noch Ja oder Nein zum gesamten Vertrag sagen.



Welche Gefahren birgt TTIP?

Kritiker des geplanten Freihandels-Abkommen TTIP sehen die Arbeits-, Sozial-, Produkt- und Umweltschutzstandards in Gefahr. Es wird befürchtet, dass diese als Ergebnis der Verhandlungen auf dem jeweils niedrigsten Niveau angeglichen werden. Das würde die Lebensqualität der Menschen erheblich verschlechtern.

TTIP ...



höht Arbeitnehmerrechte aus:

Die USA hat nur zwei von acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert. Dadurch besteht die Gefahr, dass z.B. die Koalitionsfreiheit und das Kollektivvertragssystem, das Prinzip des gleichen Lohns für Mann und Frau sowie das Verbot der Diskriminierung im Arbeitsleben zur Disposition gestellt werden.



öffnet Privatisierung Tür und Tor:

Das Abkommen soll es Konzernen erleichtern, auf Kosten der Allgemeinheit z.B. Profite bei Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung zu machen.



gefährdet die Gesundheit:

Was in den USA erlaubt ist, würde auch in der EU legal. So wäre der Weg frei für genmanipulierte Nahrung und Hormonfleisch. Die bäuerliche Landwirtschaft würde geschwächt und die Agrarindustrie erhielt noch mehr Einfluss.



höht Demokratie, Rechtsstaat aus:

Ausländische Konzerne können künftig Staaten vor privaten, nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten auf hohe Schadenersatzzahlungen verklagen, wenn sie Gesetze verabschieden, die ihre Gewinnerwartungen schmälern. Mögliche Folgen sind bereits heute zu beobachten: Der schwedische Energiekonzern Vattenfall hat die Bundesrepublik Deutschland wegen des Atomausstiegs verklagt. Der Streitwert beträgt 3,7 Milliarden Euro.



ist praktisch unumkehrbar:

Einmal beschlossen, sind die Verträge durch Parlamente alleine nicht mehr zu verändern. Die Politik wird entmachtet!

Was können Sie gegen TTIP tun?

Aktionsbündnisses „STOP TTIP“: Kritiker von TTIP mussten auf der europäischen Ebene bereits einen Rückschlag hinnehmen. Die EU-Kommission wies einen Vorstoß von über 240 europäischen Organisationen zurück, die eine Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP bilden wollten. Seit Oktober 2014 wird ohne Zustimmung der EU-Kommission eine selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative durchgeführt. Das Ziel: 1 Million Unterschriften. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Unterschrift finden Sie auf www.stop-ttip.org/de. Nutzen Sie auch die Unterschriftenlisten der KAB!

Die KAB Deutschlands gehört dem Aktionsbündnis „STOP TTIP“ an. Bereits im April 2014 ist die KAB dem Bündnis „TTIP-Unfairhandelbar“ beigetreten. Zu den über 70 deutschen Organisationen gehören u.a. attac, Greenpeace und campact. Auf der Aktionswebsite www.ttip-unfairhandelbar.de finden Sie immer aktuelle Informationen.

Bündnisse von unten und Bürgeranträge: In Freihandelsabkommen wird geregelt, welche Dienstleistungen von Städten und Gemeinden erbracht werden dürfen und welche dem Wettbewerb unterliegen müssen. Das bedeutet, dass z.B. Bereiche wie Wasserversorgung, Bildung, Kultur, Gesundheitsleistungen oder Nahverkehr verstärkt für Privatisierungen geöffnet werden. Künftig wird die Handlungsautonomie der Kommunen drastisch eingeschränkt. Mit dem Instrument „Bürgerantrag“ können Städte und Gemeinden aufgefordert werden sich gegen TTIP auszusprechen. Einen Musterantrag finden Sie auf www.kab.de.

Informieren Sie sich darüber, wo Bündnisse vor Ort bereits existieren und arbeiten Sie dort mit! Wo es keine gibt, gründen Sie welche!

Bildungsveranstaltungen sind ein geeignetes Mittel um über TTIP zu informieren!

*Nachhaltig
leben & arbeiten
Gut wirtschaften!*

Widerstand lohnt sich!

Vor etwa 15 Jahren gab es den Versuch von Unternehmen, mit einem Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) die weltweit operierenden Großkonzerne gegen politische Einflussnahme und öffentliche Interessen abzusichern. Das geplante MAI-Abkommen ist 1998 am öffentlichen und parlamentarischen Widerstand gescheitert.

